



STRATEG Brief Nr. 11

Syrien – berechtigte Hoffnung auf Frieden?

Mit der Zustimmung von Syriens Präsidenten Baschar al-Asad zur Vernichtung seines Chemiewaffenarsenals hat sich die strategische Situation zwar gravierend verändert, von einem Ende der Kampfhandlungen kann aber keine Rede sein. Wie die täglichen Bilder und Pressemeldungen zeigen werden die Kämpfe fortgesetzt und erhöhen den Leidensdruck auf die Bevölkerung und die Probleme für die Anrainerstaaten. Laut UN-Berichten benötigen bereits über neun der 22 Millionen Syrer ausländische Hilfe zum Überleben. Mehr als die Hälfte lebt in Armut, nahezu die Hälfte der Kinder hat keinen Zugang mehr zu Bildung. Über 2,2 Millionen sind aus dem Land geflohen. Die Aufnahmekapazitäten der Nachbarländer sind erschöpft und sie laufen Gefahr, von den Kriegswirren in Syrien immer stärker erfasst und destabilisiert zu werden.

Die russisch-amerikanische Initiative zu Verhandlungen zur Zerstörung des syrischen Chemiewaffenarsenals und der Produktionsstätten hat dazu geführt, dass sich die internationale Aufmerksamkeit verschoben hat. Der eigentliche Krieg wird gewissermaßen ausgeblendet. Für Syriens Präsidenten hat sich die Lage insoweit gebessert, als die Gefahr von Luftschlägen durch die USA bis auf weiteres gebannt ist und sein Regime durch das Einlenken wieder zum Gesprächspartner der internationalen Gemeinschaft wurde. Seine Widersacher sind nicht nur enttäuscht, sondern auch geschwächt aus dieser Phase seit September 2013 hervorgegangen und kämpfen immer öfter auch gegeneinander. Russland steht unbeirrt an der Seite von al-Asad. Durch die mögliche Annäherung zwischen den USA und dem Iran könnte auch dem zweiten wichtigen Verbündeten Asads eine wesentliche Rolle bei Friedensgesprächen zukommen und sein politisches Überleben gewährleisten.

Aber wird es überhaupt zu Friedensgesprächen in Genf kommen? Und wenn ja – was ist davon zu erwarten? Die ständigen Verschiebungen des Termins für diese Gespräche weisen auf substanzielle Probleme im Hintergrund hin. So droht die *Nationale Koalition der Oppositionskräfte und der Syrischen Revolution* an den Fragen zu scheitern, ob nun Asad oder seine Vertreter teilnehmen dürfen, wie die Zukunft des Landes zu gestalten sei, welche Verhandlungsziele unverzichtbar sind und wie die interne Rollenverteilung erfolgen soll. Diese interne Zerreißprobe führte schon bislang dazu, dass sich immer mehr Gruppen von der Syrischen Nationalen Koalition lossagten und auf eigene Faust ihren Krieg gegen Asad führen. Die zahlreichen militanten islamistischen Gruppierungen wiederum lehnen Verhandlungen von vorneherein ab und betonen, dass sie ihren Kampf fortsetzen werden. Der Koalition gehören auch wenige kurdische Repräsentanten an, diese verfolgen aber ihre eigenen Ziele und Pläne. Der internationale Druck auf die Oppositionskräfte, doch an Friedensgesprächen teilzunehmen, wird immer stärker, führte aber bisher zu keinen wesentlichen Fortschritten. Der zusätzliche Umstand wechselnder Kooperationen und Feindschaften zwischen den unüberschaubaren und schwer zuordenbaren oppositionellen Akteuren macht deutlich, dass selbst beim Zustandekommen von Genf II keinesfalls davon auszugehen ist, dass in absehbarer Zeit substanzielle Ergebnisse zu erzielen wären. Vielmehr wäre ein Verhandlungsmarathon in vielen Etappen zu erwarten. Dies soll aber die Anstrengungen zur Herbeiführung der Gespräche nicht schmälern – ganz im Gegenteil. Denn es könnte möglich sein, durch Verhandlungen wenigstens Zugang für humanitäre Hilfe zu ermöglichen und dadurch das Leid der Bevölkerung etwas zu lindern.



Letztlich ist davon auszugehen, dass ein Kriegsende und die Basis für einen Neuanfang nur durch Verhandlungen zu erzielen sein werden. Allerdings bleibt offen, wie rasch sich einerseits diese Erkenntnis durchzusetzen vermag und ob andererseits nicht auch Kräfte am Werk sind, die an einem Verhandlungsfrieden kein Interesse haben.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die bedeutende Rolle der Nachbarstaaten und anderer externer Akteure hinzuweisen. Die mehr als 100 Staaten, die sich als „Freunde des syrischen Volkes“ zusammengeschlossen hatten, unterstützen die syrische Opposition nunmehr in einer kleinen Kerngruppe (allen voran Deutschland und die Vereinigten Arabischen Emirate) und sind bemüht, konstruktive Beiträge in Richtung Verhandlungen zu leisten.

Die zu Beginn feststellbare unkritische Begeisterung mancher Staaten für einen Umbruch in Syrien ist bereits einer kritischen Distanz gewichen. Dies äußert sich in einer starken Zurückhaltung bei Waffenlieferungen oder bei der materiellen Unterstützung der Opposition. Selbst Saudi-Arabien, das sich als einer der ersten Staaten auf die Opposition und den Sturz Asads festgelegt hat, erkennt nun die Gefahren, die mittelfristig für das eigene Land und sein Regime erwachsen könnten. Riad drängt daher die Syrische Nationale Koalition zu Verhandlungen, um ein nachhaltiges Festsetzen extremistischer, auch anti-saudischer Elemente zu verhindern. Der Iran wiederum könnte Syrien als Chance sehen, im Einklang mit Fortschritten bei den Atomverhandlungen aus der internationalen Isolation zu entkommen. Ob das letztlich sogar bedeuten könnte, Asad fallen zu lassen, bleibt aber höchst fraglich. Vorerst ist vermutlich weiterhin von einer Unterstützung Teherans für das Asad-Regime auszugehen. Somit bliebe der Hegemonialstreit zwischen dem Iran und Saudi Arabien erhalten. Dies würde naturgemäß auch Schatten über die Verhandlungen werfen.

Vieles deutet derzeit darauf hin, dass es zu keiner raschen politischen Lösung des Bürgerkriegs kommen wird und dass die Kampfhandlungen in wechselnder Intensität fortgeführt werden. Darüber kann auch der Fortschritt bei der Umsetzung der Vereinbarungen im Chemiewaffenbereich nicht hinwegtäuschen, wie überhaupt diese Problematik nur eine „Nebenfront“ auf dem Kriegsschauplatz darstellt.

Die Zeit drängt aber – denn jeden Tag sterben nicht nur viele Menschen, sondern es schreitet auch die Konfessionalisierung des Krieges voran, was Lösungen erschwert und tendenziell zu einer Abkehr vom Westen führt. Ganz abgesehen davon gilt Syrien bereits als Trainingslager für islamistische militante Extremisten, wobei mehr als 1.000 der geschätzten 10.000 – 20.000 Dschihadisten aus Europa kommen sollen.

Selbst wenn die Chancen auf einen Verhandlungsfrieden gering sind, so sind dennoch alle diesbezüglichen Initiativen zu unterstützen – denn die Alternative wäre Radikalisierung, Verwüstung und Chaos. Vielleicht hat sich durch die Einigung bei den Chemiewaffen tatsächlich ein gemeinsames strategisches Interesse der USA und Russlands entwickelt, das zu ernsthaften Friedensbemühungen führen könnte. Eine Beruhigung und Stabilisierung Syriens und damit auch maßgeblich des gesamten Nahen Ostens sollte eigentlich im Interesse aller externen Akteure sein. Es bleibt zu hoffen, dass sie zu dieser Erkenntnis gelangen und auch auf ihre „Schützlinge“ in Syrien übertragen. Im Falle einer solchen Entwicklung wären Friedenshoffnungen berechtigt.